Niederschrift

über die 31. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 10.09.2025, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen.

Tagesordnung

1. Mitteilungen der Bürgermeisterin

2. Neufassung der Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheiden
   Vorlage: 3399/2025

3. Antrag der Bürgerliste - Verbesserung der Sicherheit bei städtischen Veranstaltungen
   Vorlage: 3419/2025

4. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung NRW
   Vorlage: 3409/2025

5. Gewährung von Vergünstigungen im Rahmen der Ehrenamtskarte NRW
   Vorlage: 3380/2025

6. Bürgerantrag der Interessengemeinschaft Fliegerhorstsiedlung Teveren nach § 24 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) - Erlass einer Baumerhaltungssatzung für das Gebiet der Fliegerhorstsiedlung
   Vorlage: 3404/2025

7. Festlegung des Spendenbetrags für Baumspenden
   Vorlage: 3385/2025

8. Festsetzung und Erhebung von Erschließungsbeiträgen für die erstmalige endgültige Herstellung der Erschließungsanlage "Im Viereck" im Stadtteil Beeck
   Vorlage: 3405/2025

9. Sachstand Umsetzung der Grundsteuerreform in der Stadt Geilenkirchen
   Vorlage: 3387/2025

10. Bericht über die erfolgte Hundebestandsaufnahme
    Vorlage: 3388/2025

11. Übernahme einer Ausfallbürgschaft zu Gunsten der Verbandswasserwerk Gangelt GmbH
    Vorlage: 3397/2025

12. Anfragen

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Bürgermeisterin Daniela Ritzerfeld

Mitglieder

2. Marko Banzet
3. Stefan Coenen
4. Karl-Peter Conrads

5. Markus Diederen
6. Franz-Peter Fröschen
7. Michael Kappes
8. Wilfried Kleinen
9. Christian Kravanja
10. Willi Münchs
11. Gero Ronneberger
12. Manfred Schumacher
13. Ruth Thelen
14. Harald Volles
15. Max Weiler

Beratendes Mitglied gemäß § 58 GO

16. Hannelore Peter

Stellvertretendes Mitglied

17. Heike Becker Vertretung für Frau Sonja Engelmann
18. Christina Hennen Vertretung für Herrn Jürgen Steegers
19. Stefan Kassel Vertretung für Herrn Helmut Gerads

von der Verwaltung

20. Erster Beigeordneter Herbert Brunen
21. Joachim Grünewald
22. Christina Kamphausen
23. Christoph Nilles
24. Beigeordneter Stephan Scholz

Entschuldigt:

Stellvertretende/r Vorsitzende/r

25. Hans-Josef Paulus

Mitglieder

26. Sonja Engelmann
27. Helmut Gerads
28. Lars Speuser
29. Jürgen Steegers

Bürgermeisterin Ritzerfeld eröffnete die 31. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Geilenkirchen am 10.09.2025 um 18 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses und hieß Prof. Dr. Schmitz, die Stadtverordneten, den Vertreter der Presse sowie den anwesenden Bürger herzlich willkommen.

Sie stellte fest, dass die Einladung vom 02.09.2025 zur Sitzung form- und fristgerecht zugestellt worden sei. Einwendungen gegen die Niederschrift der 30. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 25.06.2025 habe es nicht gegeben.

Bürgermeisterin Ritzerfeld entschuldigte an dieser Stelle Stadtverordneten Speuser und Stadtverordneten Paulus, die nicht vertreten wurden, Stadtverordneten Steegers, der von der Stadtverordneten Hennen vertreten wurde, Stadtverordnete Engelmann, die von der Stadtverordneten Becker vertreten wurde sowie Stadtverordneten Gerads, der von dem Stadtverordneten Kassel vertreten wurde. Sie stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Sie informierte, dass zu Tagesordnungspunkt 14.1 am 5.9. per E-Mail eine Ergänzung an die Stadtverordneten verschickt worden sei.

TOP 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Ritzerfeld informierte über den Kreisbahnabend am Freitag, dem 12.09.2025, als Auftaktveranstaltung zum 125-jährigen Jubiläum der Selfkantbahn.

TOP 2 Neufassung der Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheiden

3399/2025

Die Verwaltung informierte, im Zuge des Bürgerentscheids über die Errichtung einer ZUE habe man bereits mit Prof. Dr. Schmitz Kontakt aufgenommen. Im Zusammenhang habe er die Verwaltung in der Angelegenheit auch rechtlich vertreten. Bereits zu diesem Zeitpunkt habe er angeregt, die Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes vollumfänglich zu überarbeiten, um das Ziel, ausschließlich Briefwahl bei Bürgerentscheiden, rechtssicher zu regeln. Hierfür habe es vor kurzem einen Workshop mit den Beteiligten gegeben, in dem die beigefügte Satzung erarbeitet wurde.

Die CDU äußerte Bedenken hinsichtlich des abschließend festgelegten Umfangs in Artikel 6 Absatz 3 der Satzung. Sie wolle die Entscheidung im Einzelfall dem Bürgermeister überlassen.

Prof. Dr. Schmitz erklärte, da Bürgerentscheide – wie auch in der Vergangenheit – meist sehr konfliktbelastet seien, sollten die Rahmenbedingungen vorab festgelegt werden, um spätere Streitigkeiten zu vermeiden. Heute könne man neutral über den Umfang sprechen. Dies sei später möglicherweise nicht mehr der Fall.

Bürgerliste, SPD und FDP erklärten, dass sie dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen werden.

Beschlussvorschlag:

Die Neufassung der Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheiden wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	18
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

Die Verwaltung bedankte sich bei Prof. Dr. Schmitz für die Unterstützung und die Teilnahme an der heutigen Sitzung.

TOP 3 Antrag der Bürgerliste - Verbesserung der Sicherheit bei städtischen Veranstaltungen

3419/2025

Die Bürgerliste führte ihren Antrag aus und betonte, dass die Beschaffung von Trucksperren notwendig sei, um die Sicherheit auf städtischen Veranstaltungen zu gewährleisten. Nachbarkommunen wie Aachen, Düren und Herzogenrath hätten bereits Trucksperren angeschafft. Die Stadt Jülich sei ebenfalls dabei. Dies sei zwar keine 100-prozentige Garantie für Sicherheit, allerdings ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die Polizei habe angegeben, noch nicht genügend Erfahrungen mit der Absperrmöglichkeit gesammelt zu haben. Diese Erfahrungen wolle man jedoch auch nicht sammeln. Man müsse vorher Maßnahmen ergreifen.

Die Verwaltung erklärte, dass sie ohnehin bei jeder Veranstaltung die objektive Gefährdungslage prüfe und einzelfallbezogen die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen ergreife. Hinsichtlich der Aussage der Polizei zum Sammeln von Erfahrungen, gehe es zudem um objektive Kriterien, wie die Belastbarkeit der Sperren. Derartige Faktoren bei den auf dem Markt angebotenen Sperren würden derzeit durch das Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste getestet; Ergebnisse hierzu lägen nach Angaben der Kreispolizeibehörde Heinsberg jedoch noch nicht vor. Die Kreispolizeibehörde schätze die Gefährdungslage in Geilenkirchen insgesamt nicht so hoch ein wie beispielsweise in Aachen, da es hier in der Regel auch keine Großveranstaltungen mit mehr als 5.000 Besuchern gebe. Bei Veranstaltungen des Aktionskreises handle es sich zudem meist um Zuschussgeschäfte, sodass man entsprechende Kosten für die Beschaffung nicht umlegen könnte, ohne den Fortbestand bestimmter Veranstaltungsreihen zu gefährden.

Die CDU appellierte, für Sicherheitsmaßnahmen sei der jeweilige Veranstalter zuständig – hier oftmals der Aktionskreis. Die Beschaffung dieser Trucksperren (rund 1.000 Euro pro Stück) sei außerdem mit erheblichen Kosten verbunden. Diese Ausgaben seien aufgrund der derzeitigen Gefahrenlage nicht notwendig. Im Bedarfsfall könnte man die Trucksperren auch von einer der umliegenden Städte mieten. Die Beschaffung im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit wäre ebenfalls möglich.

Die Grünen meinten, man solle der Einschätzung der Kreispolizeibehörde folgen. Mit der Beschaffung könnte man Ängste schüren, die sonst gar nicht da wären. Im Einzelfall könnte man die Trucksperren selbst ausleihen.

Es folgte eine kontroverse und emotional aufgeladene Debatte über das subjektive und objektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung, der Einschätzung der Polizei sowie der Notwendigkeit bestimmter Maßnahmen im Stadtgebiet.

Stadtverordneter Volles stellte einen Antrag auf Schluss der Rednerliste. Da es keinen Für- oder Gegensprecher zum Antrag gab, wurde abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	18
Nein:	0
Enthaltung:	0

Die Bürgerliste erklärte, der Fokus des Antrags sei in der Diskussion verloren gegangen.

Beschlussvorschlag:

Der vorgeschlagenen Vorgehensweise der Verwaltung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	14
Nein:	4
Enthaltung:	0

Mehrheitlich beschlossen.

TOP 4 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung NRW

3409/2025

Die Verwaltung erklärte, es habe ein persönliches Gespräch mit den Tagesmüttern stattgefunden, in dem man u. a. über die Formulierung „Anpassung der Beiträge“ gesprochen habe, die nach ihrer objektiven Begrifflichkeit nicht immer automatisch mit einer Erhöhung der

Beiträge einhergehen müsse. Hierüber hatten sich die Tagespflegepersonen ebenfalls besorgt gezeigt. Wenngleich hierzu im Gespräch keine Zusicherung erfolgt sei, habe man gegenüber den Tagespflegepersonen dennoch deutlich gemacht, dass mit einer Reduzierung der Beiträge durch eine politische Entscheidung des Rates in der Zukunft realistisch nicht zu rechnen sei. Die Antragsteller seien gleichwohl insgesamt mit dem Ergebnis nicht zufrieden gewesen. Die Verwaltung habe in der Vorlage vorgeschlagen, die Anregung zurückzuweisen, da sich der Jugendhilfeausschuss erst vor rund drei Monaten mit der Angelegenheit befasst habe. Aus den Reihen des Rates seien allerdings Bedenken hinsichtlich der Vorgehensweise an die Verwaltung herangetragen worden, sodass der Ausschuss heute beraten müsse, ob er die Anregung zurückweise oder an den Jugendhilfeausschuss weiterleite.

Die FDP schloss sich dem Verwaltungsvorschlag an und meinte, wäre das Anliegen so dringend, wären die Vertreter auch zur heutigen Sitzung erschienen.

Die Bürgerliste meinte, die Tagesmütter seien mit dem Ergebnis sehr unzufrieden. Zudem würde sie die Hauptsatzung so auslegen, dass eine Weiterleitung an den Jugendhilfeausschuss unumgänglich sei.

Die Grünen meinten, man habe in dem Fachausschuss mit den Experten sehr lange über das Thema diskutiert. Es gebe keine neue Sachlage, daher könne man die Anregung zurückweisen.

Die CDU war mit beiden Varianten einverstanden.

Da es sich um eine Angelegenheit des Jugendhilfeausschusses handle, solle dieser in der Sache entscheiden, so die SPD.

Bürgermeisterin Ritzerfeld rief zur Abstimmung über den weitestgehenden Beschlussvorschlag auf, ob die Angelegenheit an den Jugendhilfeausschuss überwiesen werden solle.

Beschlussvorschlag:

Die Anregung wird an den Jugendhilfeausschuss überwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	18
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 5 Gewährung von Vergünstigungen im Rahmen der Ehrenamtskarte NRW

3380/2025

Beschlussvorschlag:

Die Änderungen der Eintrittspreisregelung für das Gelobad sowie der Benutzungs- und Gebührenordnung für die Stadtbücherei Geilenkirchen werden wie vorgeschlagen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	18
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 6 Bürgerantrag der Interessengemeinschaft Fliegerhorstsiedlung Teveren nach § 24 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) - Erlass einer Baumerhaltungssatzung für das Gebiet der Fliegerhorstsiedlung

3404/2025

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss überweist den Antrag nach § 24 GO NRW gemäß § 5 Abs. 3 der Zuständigkeitsordnung für den Rat, die Ausschüsse und den/die Bürgermeister/in der Stadt Geilenkirchen an den Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung als zur Entscheidung berechtigte Stelle gemäß § 7 Abs. 2 lit. c) der Zuständigkeitsordnung.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	18
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 7 Festlegung des Spendenbetrags für Baumspenden

3385/2025

Die Fraktionen waren sehr unterschiedlicher Auffassung, nahmen die Kostensteigerung jedoch zur Kenntnis. Die CDU befürwortete die vollumfängliche Kostendeckung. Die Grünen wollten keine Erhöhung, sondern eine Spendenmöglichkeit unabhängig von den tatsächlichen Baumkosten. Zwischenzeitlich wurde auch über eine Änderung der Größe der gespendeten Bäume gesprochen, um Kosten zu senken.

Auf Nachfrage informierte die Verwaltung, dass es im letzten Jahr sieben Baumspender gegeben habe, darunter eine Spenderin, die zehn Bäume spendete.

Nach kurzer Diskussion standen die Beschlussvorschläge 290 Euro von der CDU, 250 Euro von der Verwaltung sowie 150 Euro von der Bürgerliste, dem sich die Grünen und die FDP anschlossen, zur Debatte.

Beschlussvorschlag CDU:

Der Spendenbeitrag für die jährliche Baumpflanzaktion wird aufgrund gestiegener Kosten auf 290,00 € je Baum festgesetzt.
Darüber hinaus wird die Spendenaktion um die Möglichkeit ergänzt, Wildgehölze zu einem Spendenbeitrag in Höhe von ca. 100,00 € zu spenden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	7
Nein:	11
Enthaltung:	0

Mehrheitlich abgelehnt.

Beschlussvorschlag Verwaltung:

Der Spendenbeitrag für die jährliche Baumpflanzaktion wird aufgrund gestiegener Kosten auf 250,00 € je Baum festgesetzt.
Darüber hinaus wird die Spendenaktion um die Möglichkeit ergänzt, Wildgehölze zu einem Spendenbeitrag in Höhe von ca. 100,00 € zu spenden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	1
Nein:	17
Enthaltung:	0

Mehrheitlich abgelehnt.

Beschlussvorschlag Bürgerliste:

Der Spendenbeitrag für die jährliche Baumpflanzaktion wird aufgrund gestiegener Kosten auf 150,00 € je Baum festgesetzt.
Darüber hinaus wird die Spendenaktion um die Möglichkeit ergänzt, Wildgehölze zu einem Spendenbeitrag in Höhe von ca. 100,00 € zu spenden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	11
Nein:	7
Enthaltung:	0

Mehrheitlich beschlossen.

TOP 8 Festsetzung und Erhebung von Erschließungsbeiträgen für die erstmalige endgültige Herstellung der Erschließungsanlage "Im Viereck" im Stadtteil Beeck

3405/2025

Beschlussvorschlag:

Gemäß §§ 130, 132 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 03.11.2017 in Verbindung mit § 8 der Satzung der Stadt Geilenkirchen über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen vom 03.12.1975 in der zz. geltenden Fassung und dem Beschluss des Rates über die abweichende Herstellung von Erschließungsanlagen vom (Datum der Unterzeichnung der Bekanntmachungsanordnung) wird festgestellt, dass die Erschließungsanlage Im Viereck endgültig hergestellt ist.
Zur Deckung des anderweitig nicht gedeckten Aufwandes für die Herstellung dieser Erschließungsanlage erhebt die Stadt Geilenkirchen Erschließungsbeiträge.
Der nach Abzug des Anteiles der Stadt verbleibende beitragsfähige Aufwand wird gemäß § 6 der Erschließungsbeitragssatzung der Stadt auf die erschlossenen Grundstücke verteilt und anteilmäßig von den Grundstückseigentümern erhoben.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	16
Nein:	2
Enthaltung:	0

Mehrheitlich beschlossen.

TOP 9 Sachstand Umsetzung der Grundsteuerreform in der Stadt Geilenkirchen

3387/2025

Zur Kenntnis genommen.

TOP 10 Bericht über die erfolgte Hundebestandsaufnahme

3388/2025

Zur Kenntnis genommen.

TOP 11 Übernahme einer Ausfallbürgschaft zu Gunsten der Verbandswasserwerk Gangelt GmbH

3397/2025

Auf Nachfrage der FDP, ob die zu Beginn des Jahres übernommene Ausfallbürgschaft von 800.000 Euro weiterbestehe, antwortete die Verwaltung „Ja“.

Die CDU bat um nachträgliche Information, wie hoch der Anteil der übernommenen Bürgschaften im Vergleich zur Beteiligung der Stadt am Verbandswasserwerk mit 48 % sei. Die Verwaltung werde dies prüfen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die Übernahme der beantragten Ausfallbürgschaft in Höhe von maximal 1.200.000 € zu Gunsten der Verbandswasserwerk Gangelt GmbH.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	18
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 12 Anfragen

Stadtverordneter Schumacher fragte, wie die Verwaltung mit den Beschmutzungen der Ultra-Fanszene von Borussia Mönchengladbach umgehe.

Die Verwaltung antwortete, man habe bereits vor einiger Zeit Kontakt mit dem Verein aufgenommen, der um Entschuldigung bat und mit der Fanszene Kontakt aufnehmen wollte. Des Weiteren verfolge die Stadt die Taten und sei bemüht, Beschmutzungen schnellstmöglich zu beseitigen.

Stadtverordneter Kleinen fragte, wieso beim Zebrastreifen kurz vor dem Rathaus ein temporäres Verkehrsschild „Verbot für Fußgänger“ aufgestellt sei.

Die Verwaltung werde dies prüfen. Das Verkehrsschild wurde inzwischen entfernt.

Stadtverordneter Conrads fragte, wieso einer der E-Ladesäulen-Parkplätze vor der Sparkasse für Menschen mit Behinderung vorgesehen sei.

Die Verwaltung antwortete, dies sei in Absprache mit dem Behindertenbeauftragten erfolgt, der den Bedarf anmeldete.

Die Sitzung endete um 19:39 Uhr.

Vorsitzende

Daniela Ritzerfeld
Bürgermeisterin

Christina Kamphausen
Schriftführerin